

erschienen 6mal wöchentlich, mit dem Austr. Staatsbeleggen „Die Welt“ und der Anberstaltung „Rohrmut“, sowie den Zeitbeleggen „St. Venus-Blatt“, „Unterhaltung und Wissen“, „Die Welt der Frau“, „Krieglicher Kalender“, „Das gute Buch“, „Klimaschau“, „Monatlicher Wegweiser“ 3 Bl. einbl., Preisbeleg, Einzelnummer 10 J. Sonnabend- u. Sonntagnummer 20 J. Gesamthändler: Dr. G. Lehmann, Dresden.

Verlagort: Dresden

Anzeigenpreise: Die gebaltene Zeile 50 J. Familienanzeigen u. Stellenangebote 20 J. Die Verteilungsmenge, 170000 Exemplare. Für Anzeigen außerhalb des Verbreitungsgebietes 20 J. Die Verteilungsmenge 1.300.000 Exemplare. Im Falle höherer Abnahme erlischt jede Verpflichtung auf Uebernahme sowie Erfüllung d. Anzeigen-Richtungen u. Erfüllung d. Schabenschein. Reichlicher Teil: Natur Venus, Dresden.

Sächsische Volkszeitung

Verlag: Germania, L. G. 18, 18a Verlag und Druckerei, Rillau Dresden, Dresden-Kl., Holbeinst. 17, Semrau-Str. 12, Postfach 1022, Dresden. Telefon: 2703. Postkonto: Stadtbank Dresden Nr. 61719

Für christliche Politik und Kultur

Redaktion der Sächsischen Volkszeitung, Dresden-Kl. 17, Holbeinst. 17, Semrau-Str. 12, Dresden. Telefon: 2703.

Gegen Verfälschung des Youngplans

Eine Warnung des Reichsbankpräsidenten Dr. Schacht an die Reichsregierung Keine Zusatzeleistungen!

Berlin, 6. Dezember.

Reichsbankpräsident Dr. Schacht hat den zuständigen Stellen eine zwölfseitige Denkschrift zum Youngplan überreicht, die er damit begründet, daß für die Ausführung des Youngplans die deutschen Verhältnisse innerlich und äußerlich Deutschlands getroffen worden seien, die es ihm unmöglich machten, weiter zuzusehen, wie die Absichten des Youngplans durchgeführt und seine Erfolgsschancen gefördert werden.

Die Voraussetzungen, unter denen Dr. Schacht die Annahme des Youngplans durch seine Unterschrift empfohlen hat, waren 1. daß die darin enthaltenen gemeinsamen Empfehlungen und Vorarbeiten reiflos und von allen beteiligten Parteien angenommen und gewürdigt würden; 2. daß die deutsche Finanz- und Wirtschaftspolitik geordnet und auf erleichterte Tragung der Lasten des Youngplans abgestellt wurde. — „Obwohl“, so schreibt Dr. Schacht weiterhin, „seit der Unterzeichnung des Youngplans sechs Monate verstrichen sind, sehe ich nicht, daß die ausländischen Regierungen oder die Reichsregierung diesen beiden Voraussetzungen Rechnung getragen haben.“ — Schacht kritisiert dann im einzelnen zunächst das

Verhalten der Gläubigerbanken.

Er verwirft darauf, daß der Betrag der Gesamtzinszahlungen nicht von den deutschen, sondern nur von den Gläubigerbanken als solcher betrachtet werde und daß, wie der Plan ausdrücklich festsetzt, die deutschen Sachverständigen lediglich durch die vorgezeichneten Sicherheitsmaßnahmen veranlaßt werden sind, die Annahme des Youngplans als Ganzes zu empfehlen.

Der Youngplan fordert einseitig die Zusammenarbeit aller Beteiligten. Damit, daß jetzt nahezu jede einzelne Gläubigerregierung vertritt, über den Youngplan hinaus weitere finanzielle und wirtschaftliche Leistungen aus Deutschland herauszupressen, verstoßen die ausländischen Regierungen gegen die ausdrücklich im Youngplan unter der Aufsicht gemachte Zusammenarbeit. Die Veranlassung der Hauswirtschaftsberatung, dem Youngplan gegenüber dem Dawesplan wird im Sachverständigenbericht als wesentliches Moment bezeichnet für die weitere Entwicklung Deutschlands, insbesondere für die Bildung von neuem Kapital. Diese finanzielle Entlastung wird durch die zusätzliche Belastung Deutschlands außerhalb des Youngplans herbeigeführt. Die Gläubigerpolitik im finanziellen Schwächen Ansehen weitere Lasten von Deutschland zu verlangen, verstoßen gegen die im Dawesplan vorgezeichnete sofortige Freisetzung gegenüber dem Dawesplan.

Die neuen finanziellen Annahmen

werden dann aufgeführt. U. a. solle Deutschland auf den Heberzahlungen von 100 Millionen Reichsmark verzichten, der sich aus der Ueberwälzung von Dawesplan und Youngplan ergibt. Deutschland solle etwa in den ersten Jahren des Youngplans, deren Forderung für das Gelingen des Ganzen von entscheidender Bedeutung ist, eine Erhöhung der unerschöpflichen Annuitäten vornehmen. Deutschland solle auf rund 300 Millionen Reichsmark aus liquidierten deutschen Eigentümern verzichten. Deutschland solle laut deutsch-polnischem Vertragsvertrag auf außerordentlich hohe Eigentumsansprüche gegen Polen verzichten. — Alle diese Verpflichtungen, die zusammen in die Milliarden gähen, sollten ohne irgendeine nennenswerte Gegenleistung erfolgen.

Die Frage, ob eine Verpflichtung aus dem Youngplan für uns abgeleitet werden könne, solche Zahlungen und Verzichte

vorzunehmen, beantwortete Dr. Schacht mit dem Hinweis auf Ziffer 141 des Youngplans, dessen einleitender Satz besage, daß jeder deutschen Konzeption eine Konzeption von der anderen Seite gegenüberstehen müsse. Aus der Empfehlung der Zahlung der Renten zwischen der Reparationskommission und Deutschland ergebe sich, daß Deutschland alle bis dahin noch nicht auf Reparationskonto aufgeschriebenen Eigentumsansprüche zuziehen. Wenn die deutsche Regierung trotzdem jetzt auf solche Ansprüche verzichten sollte, so gäbe sie damit über den klar erkennbaren Willen der deutschen Sachverständigen hinaus und übernehme eine Verantwortung, die ihre Sachverständigen ausdrücklich abgelehnt haben.

Die Finanzgebahrung des Reiches

unterwirft Schacht einer scharfen Kritik. Eine unerlässliche Voraussetzung für die deutschen Sachverständigen in Paris sei die Entschlossenheit der Reichsregierung gewesen, im finanziellen Geharen von Reich, Ländern und Gemeinden eine dauernde Ordnung zu schaffen und die Tragung der schweren Lasten des Youngplans durch eine innerwirtschaftliche Umgestaltung der deutschen Produktion zu ermöglichen. In dieser Hinsicht sei seit der Unterzeichnung des Youngplans nicht das geringste geschehen. Das materielle Gleichgewicht des Haushaltes sei nicht hergestellt worden. Es sei schon heute mit Sicherheit zu übersehen, daß die Einparung aus dem Youngplan nicht nur nicht zu einer Lastverminderung führen, sondern nicht einmal zur Deckung der jetzt bereits überhöhten Selbstträge ausreichen werde. Ueber die Einparung des Youngplans sei längst verfügt, und die deutsche Wirtschaft liege nicht vor einer Kostenentlastung, sondern vor einer Lastenerhöhung.

Schacht schließt: Ich für meinen Teil muß es auf das Bestimmteste ablehnen, für die Durchführung des Youngplans verantwortlich gemacht zu werden, wenn seine Absichten und Voraussetzungen in einer Weise mißachtet werden, wie es nach den derzeitigen Maßnahmen und Forderungen der Fall zu sein scheint. Das deutsche Volk muß erwarten, daß die ausländischen Regierungen endlich ihre Versuche aufgeben, über den Youngplan hinaus Sonderleistungen und Sonderverträge aus der deutschen Wirtschaft herauszupressen. Sie müssen wissen, daß sie durch eine solche falsche Politik die Verantwortung dafür auf sich laden, wenn der Youngplan von vornherein mit schweren Störungen zu rechnen hat und die Mobilisierung der Annuitäten gefährdet wird. Von der deutschen Regierung aber muß verlangt werden, daß sie keine neue zusätzliche Leistungen bewilligt. Es muß ferner verlangt werden, daß sie, bevor der Youngplan von ihr endgültig angenommen wird, Ordnung in den Haushalten von Reich, Ländern und Gemeinden bringt und die Durchführung der Belastung des deutschen Volkes auf ein Maß vorzieht, das mit der Ertragsfähigkeit der deutschen Wirtschaft vereinbar ist. Ich habe mit allem Nachdruck die Agitation gegen den Youngplan bekämpft, ich halte das einseitige Volksgeschehen, das dieser Agitation dient, für einen schweren Fehler, weil es eine sinn- und kraftvolle Verteidigung unserer Interessen unter dem Youngplan untergräbt. Aber gerade weil ich mich für die Annahme des Youngplans einsetze, wünsche ich nicht, teilzuhaben an seiner Verfälschung. Es wäre eine Selbsttäuschung der Welt, zu glauben, wir könnten über die Youngzahlungen hinaus noch weitere beliebige Milliarden oder Milliarden zahlen oder auf Eigentumsrechte verzichten. Es wäre eine Selbsttäuschung des eigenen Volkes, zu glauben, daß es bei der heutigen oder womöglich noch gefeierten Wirtschaftsbekämpfung der Youngzahlungen und womöglich noch zusätzlicher Beträge aufzubringen in der Lage ist. Ich will und werde nicht dazu beitragen, daß eine solche Täuschung Platz greift.

Nuntius Pacelli

(Von unserer Berliner Schriftleitung.)

Nuntius Pacelli wird im Konistorium vom 16. d. M. zur Kardinalwürde erhoben werden. Diese Tatsache, die nunmehr, nachdem die Veröffentlichung auch im „Osservatore Romano“ erfolgt ist, feststeht, bedeutet für uns, daß Nuntius Pacelli von seinem Berliner Posten nach Rom überfördert wird. Der von allen hochgeschätzte diplomatische Vertreter des Heiligen Stuhles hat zwölf volle Jahre im Deutschen Reich gewirkt. Eugen Pacelli wurde im April 1917 als Nachfolger des verstorbenen Nuntius Aerts vom Heiligen Vater zum Apostolischen Nuntius für Bayern und im Jahre 1920 zum Nuntius für das Deutsche Reich ernannt. Was Nuntius Pacelli in diesen langen zwölf Jahren für das kirchliche Leben in Deutschland und für die deutschen Katholiken gewesen ist, läßt sich in einer kurzen Würdigung wirklich nicht erschöpfend darstellen.

Die deutschen Katholikentage werden in ihrer Geschichte seinen Namen in unvergesslicher Erinnerung verzeichnen. Tausende und aber Tausende von gläubigen Katholiken haben jedes Jahr den eindringlichen Worten des Vertreters des Heiligen Vaters gelauscht, der mit dem deutschen Episkopat ein eifriger Förderer unseres kirchlichen und geistig religiösen Lebens gewesen ist. Wir in Berlin erinnern uns auch an die mächtigen Katholikentage, für die Nuntius Pacelli, obwohl sie nur einen örtlichen Charakter tragen, immer das größte Interesse an den Tag gelegt, und denen er immer die Ehre seines Befehls hat zuteil werden lassen, wenn es ihm überhaupt möglich war. Nachdem Pius XI. die Katholiken der Welt und auch diejenigen des Deutschen Reiches zur katholischen Tat in der katholischen Aktion aufgerufen hatte, ist Nuntius Pacelli als Mittler des Willens des Heiligen Vaters zum großen Mahner der katholischen Aktion geworden. In nimmermüdem Eifer hat er unter größtem Verstandnis für die deutschen kirchlichen Verhältnisse den Willen des Heiligen Vaters interpretiert und uns so ein leuchtendes Signal aufgerichtet für die Verlebendigung, Verinnerlichung, Vertiefung unseres Glaubens und unseres religiösen Lebens. Wenn die katholische Aktion in Deutschland so bald Fuß fassen konnte, so ist dies neben der unermüdeten Arbeit des deutschen Episkopats nicht in letzter Linie der segensvollen Tätigkeit des Nuntius Pacelli zu verdanken.

Das allergrößte Verdienst aber hat sich Nuntius Pacelli erworben durch den Abschluß des bayerischen und preussischen Konkordates. Diese zwei Ereignisse werden für sein ganzes Leben die Marksteine seiner Tätigkeit in Deutschland bilden. Nuntius Pacelli hat mit diesen beiden Konkordaten den Katholiken Preußens und Bayerns eine Stellung innerhalb des Staates erkämpfen helfen, die ihnen die Freiheit ihrer Religionsausübung sichert und die uns eine selbständige, den modernen Zeitverhältnissen angepaßte Neuordnung der kirchlichen Verwaltung gibt. Wer sich heute an die großen Schwierigkeiten erinnert, die dem Abschluß des preussischen Konkordates entgegenstanden, der vermag die Bedeutung abzuschätzen, die in dem Abschluß jenes Staatsvertrages liegt, und der wird die Klugheit, die Ausdauer und das Geschick des päpstlichen Nuntius anerkennen, mit dem es ihm gelungen ist, in schließlich vollen Einklang mit der preussischen Regierung ein solches Vertragswerk zu schaffen. Der Katholizismus in Deutschland ist dem Vertreter des Heiligen Vaters aus religiösen Gründen zu höchstem Dank verpflichtet.

Eine Zeltspanne darf bei der Würdigung Eugenio Pacellis nicht übergangen werden. Das ist keine Münchener Tätigkeit während des Krieges. Nuntius Pacelli, der ein aufrichtiger Friedensfreund und ein Mann von tief europäischem Bewußtsein ist, hat sich damals zum Dolmetscher der großzügigen Friedenspolitik Benediktus XV. gemacht, die selber die in die unentwirrbaren Massen des Krieges unheilvoll verstrickte Menschheit nicht zur Vernunft brachte. Viel Schmerz und Trauer hätte sich Europa sparen können, wenn es der Stimme des Heiligen Vaters und seines getreuen Ekkehard, des Nuntius Pacelli, Gehör geschenkt hätte. Damals, als der Ruf des Friedens ungehört verhallte, wuchs Eugenio Pacelli zu einem wahren Apostel der Caritas empor. Der Zusammenbruch hat sein priesterliches Herz, das um die vielen Arbedensbedürfnisse so eingehend wußte, tief und schmerzhaft getroffen.

Ein besonderes Wort des Dankes aber sei uns von der Presse gestattet. Der scheidende Nuntius ist ein aufrichtiger und warmer Freund der katholischen Presse. Er hat das oft bewiesen. Wir erinnern uns an die beiden glänzenden Reden, die Nuntius Pacelli als Donum des diplomatischen Korps, dessen Sympathie er überaus in be-

Mukden gibt nach

London, 6. Dezember.

Der Times-Korrespondent in Mukden meldet: Nach einer Nachtigung sagte der politische Rat gestern einen Beschluß, der den Konflikt mit der Sowjetregierung wegen der chinesischen Ostbahn beenden dürfte. Auf Litwinows Telegramm vom 27. November an Tschang-Jinliang wird eine Antwort gesandt werden, die die Ergebnisse der Besprechungen von Nikolaj gutheißt. Ferner wird darin der Sowjetregierung die Ernennung Tschang-Jinliangs zum chinesischen Delegierten bei den Verhandlungen mitgeteilt, bei denen die Einzelheiten der Wiederherstellung des Status Quo und der Freilassung der Gefangenen berührt werden sollen.

Die Wiederverwendung des vormaligen Leiters und des vormaligen stellvertretenden Leiters der Ostbahn in anderen Stellen war ursprünglich als unannehmbar betrachtet worden, aber nach reiflicher Erwägung beschloß der politische Rat, im Interesse des Friedens nachzugeben. Der chinesische Vorsitzende des Ostbahndirektoriums ist zurückgetreten, was die Lage vereinfacht, da sein Rücktritt eine der vereinbarten Bedingungen war.

Times meldet: Sir Esmond Dore, der zum britischen Vizekonsul in Moskau ernannt wurde, wird sich morgen auf

seinen neuen Posten begeben. Der Sankt-Petersburger in London, Sokolnikoff, und sein Vizekonsul, der bisherige Gesandte in Warschau, Bogomoloff, sind gestern abend von Warschau nach Paris abgereist.

Die Krise in Polen

Bei Annahme des Mißtrauensvotums gegen die Regierung Ewitalski.

Warschau, 6. Dezember.

In der gestrigen Sitzung, die mit einer kurzen Unterbrechung 10 Stunden dauerte, wurde die allgemeine Aussprache über den Mißtrauensvotum zu Ende geführt. Das Votum wurde dann an den Ausschuss zur Weiterberatung verwiesen.

Es gilt nun als sicher, daß das von den Kommunisten eingeführte Mißtrauensvotum gegen den Sejmarschall Duzynski und das vom Volk der Mitte und der Linken eingebrachte Mißtrauensvotum gegen die Regierung schon auf der für heute mittag angelegten Sitzung zur Abstimmung kommen werden. Während der Antrag gegen den Sejmarschall keine Aussicht hat durchzugehen, rechnet man nach wie vor damit, daß sich die große Mehrheit des Hauses gegen die Regierung Ewitalski aussprechen wird. Es ist noch nicht abzusehen, welche Konsequenzen die Regierung bzw. der Staatspräsident daraus ziehen werden.

Die heutige Nummer enthält das St. Venus-Blatt, das Sonntagblatt für die Tüzele Weisen.